



Niederschrift

58. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 25.10.2006
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:03 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	bis 19:50 Uhr
Herr Utting, Brian	FAMILIEN-PARTEI	ab 17:10 Uhr
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Paffhausen und Herr Böhme, Stadtwerke Potsdam
Herr Bewer vom Behindertenbeirat Potsdam
Herr Hütte, Potsdamer Tourismus-Service
Herr Müller-Zinsius und Herr Westphal, Pro Potsdam
Frau Große-Kleine, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Erker, Behindertenbeauftragter der Stadt Potsdam
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Frau Eisenhauer, Beteiligungsverwaltung
Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen
Herr Praetzel, FB Grün- und Verkehrsflächen
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11. Oktober 2006
- 2 Billigung des Abwägungsergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung für den B-Plan SAN-P 10 "Baufeld Stadtschloss"
Vorlage: 06/SVV/0765
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
(Aufnahme in die TO auf Antrag der Fraktion CDU)
- 3 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung
Vorlage: 06/SVV/0497
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 4 Straßenreinigungssatzung 2007
Vorlage: 06/SVV/0507
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 5 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr
Vorlage: 06/SVV/0508
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
- 6 Zwangsarbeiter in Potsdam
Vorlage: 06/SVV/0545
Fraktion DIE LINKE. PDS
- mit Änderungsantrag der Fraktion CDU –
- 7 Externe Stellenausschreibung "SB Abfallwirtschaft und Bodenschutz"
Vorlage: 06/SVV/0837
Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
 - 8.1 Verwendungsvorschläge Hauptstadtmittel 2007 - 2011
Vorlage: 06/SVV/0849
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle-Bauen
 - 8.2 Bericht zu den haushaltsbegleitenden Anträgen der Fraktionen SPD, CDU, Grüne/ B 90 und BürgerBündnis/FDP
aus StVV 30.08.2006
 - 8.3 Vorläufiges Ergebnis der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP
Vorlage: 06/SVV/0850
Oberbürgermeister, Kis
 - 8.4 Stand der Vorbereitungen für das Freizeitbad
gemäß Vorlage: 06/SVV/0700
weiter monatlich

- 8.5 Touristischer Marketingplan 2007
Vorlage: 06/SVV/0853
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 11. Oktober 2006**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt Herr Bretz namens der Fraktion CDU vor, den Punkt 2 zurückzustellen, da der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen dazu nicht abschließend beraten hat. Darüber hinaus sollte der TOP 8.3 zurückgestellt und erst nach der Einbringung in der StVV am 01.11.2006 im Hauptausschuss behandelt werden. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich für die Zurückstellung des TOP 2 aus, regt aber gleichzeitig an, dass man sich Gedanken machen solle, wie sich der Hauptausschuss zu diesem Thema verständigen könne. Hinsichtlich des TOP 8.3 spricht er sich dafür aus, diesen auf der Tagesordnung zu belassen. Herr Schubert stimmt dem Vorschlag bezüglich des TOP 2 ebenfalls zu. TOP 8.3 stehe im engen Zusammenhang mit der noch zu erwartenden Vorlage „ppp an Potsdamer Schulen und Kitas“ und sollte mit dieser gemeinsam behandelt werden.

Im Weiteren schlägt der Oberbürgermeister eine Information zum TOP 8.6 „Gastronomie im Bürgerhaus am Schlaatz gemäß Vorlage: 06/SVV/0658“ sowie zur „Behindertentoilette“ unter „Mitteilungen der Verwaltung“ vor.

Die Tagesordnung, einschließlich der von Herrn Bretz und dem Oberbürgermeister vorgeschlagenen Änderungen, wird mit 9 JA-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung bestätigt.

Anschließend wiederholt Herr Dr. Scharfenberg seinen Vorschlag zur Behandlung der DS **06 /SVV/0765** im Hauptausschuss. Der Oberbürgermeister verweist auf mögliche Termenschwierigkeiten, da am Montag, 30.10.06 sowohl der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen als auch die Fraktionen tagen. Herr Schüler fragt, mit welchem Inhalt man die Vorlage behandeln solle. Herr Bretz teilt die Auffassung, dass sich der Hauptausschuss damit befassen solle. Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister vor, diesen TOP am Mittwoch 01.11.2006, 11:30 Uhr zu behandeln, um eine Abstimmung in der StVV zu ermöglichen. Dem stimmen die Hauptausschussmitglieder mit 12 JA-Stimmen, bei 2 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Anschließend macht Herr Schüler darauf aufmerksam, dass Stadtverordnete ein Ehrenamt ausüben und berufstätig seien. Somit ist seine Teilnahme an der Diskussion nicht möglich.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 57. Sitzung vom 11.10.2006 merkt Herr Schüler an, dass er zum TOP 3 „Experimentierklausel“ nicht gesagt habe, „der Antrag sei widersprüchlich“, sondern er sei „widersinnig“. Dazu stehe er und bit-

tet, das Protokoll dahingehend zu ändern. Bezüglich des Abstimmungsergebnisses zu diesem TOP meine er, dass Frau Bankwitz und er selbst mit „Nein“ gestimmt und nicht wie im Protokoll vermerkt, sich der Stimme enthalten hätten. Weitere Hinweise oder Änderungen gibt es nicht; das Protokoll wird mit 13 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen, bestätigt.

zu 2 Billigung des Abwägungsergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung für den B-Plan SAN-P 10 "Baufeld Stadtschloss"

Vorlage: 06/SVV/0765

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

In der Sitzung am 25.10.2006 zurückgestellt zur erneuten Beratung am 01.11.2006, 11:30 Uhr.

Zur Behandlung dieses Tagesordnungspunktes am 01.11.2006 von 11:30 – 12:00 sind anwesend:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister
Herr Krause, Siegmund	DIE LINKE. PDS
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS
Frau Knoblich, Hannelore	SPD
Herr Mühlberg, Andreas	SPD
Herr Schubert, Mike	SPD
Herr Bretz, Steeven	CDU
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU
Frau Paulsen, Bettina	CDU
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI
Herr Grünberg, Kai	Die Andere

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden zur Fortsetzung der Hauptausschusssitzung vom 25.10.2006 und stellt die Beschlussfähigkeit fest. (15 Mitglieder des Hauptausschusses sind anwesend).

Er verweist auf die Verständigung in der letzten Sitzung, den TOP 2 zu vertagen und erst nach der Behandlung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen zu behandeln. In der Sitzung des Ausschusses Stadtplanung und Bauen wurde der Änderungsantrag der Fraktion Grüne/ B 90 mit 3 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme, bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Die so geänderte DS habe jedoch mit 1 Ja-Stimme und 1 Nein-Stimme, bei 6 Stimmenthaltungen, keine Mehrheit gefunden.

Eine Einbringung halte er nicht mehr für erforderlich, da es eine vielfältige Diskussion im Vorfeld gegeben habe, u.a. auch mit Vertretern des Landes, in der auch Änderungen in die erarbeitete Beschlussvorlage eingeflossen seien. Bei der Entscheidung über die vorliegende DS sei der Hinweis aus dem Finanzministerium nicht außer Acht zu lassen, dass weitere Veränderungen des bisher gefundenen Kompromisses dazu führen werden, über den Standort nachzudenken und im Zweifelsfall generell davon Abstand zu nehmen.

Anschließend bringt Herr Bretz einen Änderungsantrag der Fraktion CDU mit

folgendem Wortlaut ein:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. SAN-P 10 wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Landtagsneubau“.
 - 1.2 In Ziffer 7.1 – Textliche Festlegungen – wird folgende Ziffer 2.3 eingefügt:
Für die östlichen und westlichen Seitenflügel des Landtagneubaus sowie für den südlichen Hauptbau werden Baugrenzen festgelegt. Dabei sollen folgende Grundsätze gelten:

Diese Gebäudeteile müssen gemäß den Beschlüssen des Landtages und der Machbarkeitsstudie hinsichtlich Baukörpergliederung und Fassadenflächen die strukturelle Proportionalität sowie die Maßstäblichkeit der Gliederung des Vorgängerbaus aufnehmen.
Hierbei sind die neue Geschossigkeit und die funktionalen Anforderungen zu berücksichtigen.
 - 1.3 Die bisherige Ziffer 2.3 wird Ziffer 2.4.
2. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass sie vom Land im Verfahren zur Bewertung der eingereichten Entwürfe für den Landtagsneubau angemessen beteiligt wird.

Dies, so Herr Bretz, sei ein Ergebnis intensiver Beratungen mit dem Ziel, die unterschiedlichen Interessenlagen zu bündeln.

Frau Hüneke spricht sich gegen den Änderungsantrag aus und betont, dass man wisse, was mit textlichen Verlautbarungen passiere. Diese seien in anderen Zusammenhängen auch „in Rauch aufgegangen“. Anschließend beantwortet Herr Bretz die Nachfragen von Frau Hüneke und betont, dass es eine einmalige Chance sei, das Ziel, die Potsdamer Mitte wieder aufzubauen, zu erreichen. Er habe aus dem Landtag Signale, dass die Diskussion neu eröffnet werde, wenn die Stadt über ihre Forderungen hinausgehe. Die Stadt mache sich unglaublich. Er wolle die Argumente von Frau Hüneke nicht in Abrede stellen; der Änderungsantrag der Fraktion CDU sei jedoch „der Weg zum Ziel“.

Frau Hüneke entgegnet, dass die Fraktion Grüne/ B 90 dem Änderungsantrag der Fraktion CDU nicht folgen könne. Der eigene Änderungsantrag fordere auch nicht den Wiederaufbau des ursprünglichen Stadtschlusses, sondern die Umsetzung einer jahrelangen Diskussion. Dies gebe die CDU zugunsten des vorliegenden B-Planes auf.

Die Frage sei, so Herr Schubert, ob man weiter akzeptieren wolle, dass es in der Potsdamer Mitte weiterhin nichts gebe, einen Traum verfolge oder realistische Möglichkeiten umsetze. Noch liege kein Ergebnis eines Architektenwettbewerbs vor – was Frau Hüneke kritisiere, leite sie aus „irgendeinem Entwurf“ ab. Herr Cornelius betont ebenfalls, dass der Änderungsantrag der Fraktion CDU die einzige Möglichkeit sei, den Plan zu realisieren. Die Funktionalität müsse berücksichtigt werden und wenn das nicht gehe, sei das Vorhaben nicht machbar. Er persönlich glaube, dass die Architekten die Fassade verantwortungsvoll gestalten werden.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsantrag der Fraktion Grüne/ B 90 aus dem Ausschuss SB zur Abstimmung. Der Änderungsantrag wird mit 1 Ja-Stimme und 8 Nein-Stimmen, bei 6 Stimmenthaltungen, abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU wird mit 8 Ja-Stimmen, bei 4 Nein Stimmen und 3 Stimmenthaltungen, angenommen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die so geänderte DS **„Billigung des Abwägungsergebnisses der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie Beschlussfassung zur öffentlichen Auslegung für den B-Plan SAN-P 10 "Baufeld Stadtschloss"“**

Vorlage: 06/SVV/0765' zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	2

zu 3 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung

Vorlage: 06/SVV/0497

Fraktion BürgerBündnis/FDP

Der Oberbürgermeister verweist auf die Verständigung im Hauptausschuss am 28.06.2006, dass den Stadtverordneten dazu ein Workshop angeboten werde. Der von Herrn Dr. Pokorny angebotene Termin – 16.11.2006, 18:00 Uhr – wird wegen mehrerer Terminüberschneidungen abgelehnt. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses wird ein neuer Terminvorschlag für Dezember geprüft.

zu 4 Straßenreinigungssatzung 2007

Vorlage: 06/SVV/0507

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Der Oberbürgermeister gibt das Votum des Ausschusses für Ordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft zur Kenntnis, der mit 11:0:1 zugestimmt hat. Darüber hinaus gebe es noch Änderungswünsche der Ortsbeiräte. Frau Kluge ergänzt, dass alle Änderungswünsche aufgelistet und abgestimmt wurden. Dies sei auch mit den Änderungswünschen der Ortsbeiräte geschehen. Das, was die Verwaltung übernehmen konnte, sei in den Austauschseiten enthalten, die den Stadtverordneten am Donnerstag mit dem zweiten Postversand in die Fächer gelegt werden. Was die Verwaltung nicht berücksichtigen konnte, wurde den Ortsbeiräten mitgeteilt. Zu den vorliegenden Änderungsanträgen aus Fahrland und Grube äußert sich Herr Praetzel. Bezüglich Fahrland sei festzustellen, dass die Leistung „Winterdienst Gellerstr.“ der Verwaltung sehr wohl in Rechnung gestellt werde und somit auch umzulegen sei. Das Anliegen aus Grube, den Laubenweg (Einfahrt zur Freiwilligen Feuerwehr Grube) in den Winterdienst aufzunehmen, sei wirtschaftlich nicht zu vertreten.

Herr Heinzel beantragt für den Ortsbeirat Golm, die Karl-Liebknecht-Straße 21-22 aus der Satzung herauszunehmen. Frau Kluge versichert, dass diesem Anliegen

bereits entsprochen wurde.

Herr Dr. Scharfenberg fragt die Verwaltung, wie sie die Umstellung auf die Frontmeterberechnung einschätze. Auf Grund des erhöhten Umfangs der Reinigungsleistungen müsste es eigentlich billiger werden; das sei jedenfalls das Argument in den vergangenen Jahren gewesen. Frau Kluge antwortet darauf, dass man nur gleiche Kalkulationen miteinander vergleichen könne, d.h. die derzeitige Kalkulation auf der Basis der Frontmeter sei nicht mit der letzten Kalkulation auf der Basis der Quadratmeterwurzel zu vergleichen. Nehme man allerdings die letzte und die jetzt vorliegende Berechnung auf Basis der Frontmeter, seien die Kosten relativ gleich. Man müsse jetzt allerdings bedenken, dass es durch die Umstellung der Berechnung eine andere Verteilung gebe, was z.B. aus der Richtung der Wohnungsunternehmen zu Diskussionen führe.

Herr Dr. Scharfenberg bezeichnet die „schwere Durchschaubarkeit“ der Kalkulationen als das eigentliche Problem. Ziel des Beschlusses der StVV, auf Frontmeter umzustellen, sei eine größere Gebührengerechtigkeit gewesen. In einem Wohnblock verteilen sich die Kosten auf mehr Köpfe als in einem Haus für ein oder zwei Familien.

Der Oberbürgermeister betont, dass es keine absolute Gerechtigkeit geben werde; er aber meine, die Quadratmeterwurzel-Berechnung sei gerechter. Die höhere Belastung der Wohnungsunternehmen sei durch die Berechnungsumstellung zustande gekommen und damit beklagen die Unternehmen zu Recht die steigenden Nebenkosten.

Herr Schüler meint, dass die Kosten nicht konstant bleiben, sondern steigen; das allein schon wegen der höheren Kosten für die Nachbehandlung des Kehrriechts. Das könne die Stadt nicht beeinflussen. Er habe die fehlende Vergleichbarkeit durch die Änderung mehrerer Parameter auf einmal schon mehrfach kritisiert.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob es Beschwerden aufgrund der Umstellung auf Frontmeter gebe und nach deren Gründen. Ein Grund könne ja sein, dass sich die Verwaltung bei den Frontmetern vermessen habe. Insgesamt meine er, der Umgang der Verwaltung mit dieser Entscheidung sei nicht „sauber“, da sie offen signalisiert habe, dass das von ihr nicht gewollt sei.

Der Oberbürgermeister weist diesen Vorwurf zurück. Er finde die Frontmeter ungerechter, weil Mieter stärker belastet werden als Eigentümer und sie zu steigenden Nebenkosten führe. Frau Kluge widerspricht dem Vorwurf, die Verwaltung habe sich vermessen und betont, dass es eine Fehlerquote von nur 6% gebe und damit weit unter dem Durchschnitt liege. Die aufgetretenen Fehler seien korrigiert worden. Bezüglich der Beschwerden bestätigt sie, dass es diese gebe und sich auf die Berechnungsumstellung beziehen.

Herr Schubert betont, dass das Grundproblem nach wie vor sei, dass die Kosten früher nicht zu 100 % umgelegt wurden, so wie es hätte sein müssen. Das liege nicht am Berechnungsmaßstab. Gebe es noch einen anderen zur Auswahl, würde die gleiche Debatte wieder geführt.

Der Oberbürgermeister stellt die Änderungsanträge der OBR Fahrland und Grube zur Abstimmung:

Änderungsantrag OBR Fahrland:

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 0
Ablehnung: 9
Stimmenthaltung: 7

Änderungsantrag OBR Grube:
Zustimmung: 0
Ablehnung: 8
Stimmenthaltung: 8

Die Satzung wird einschließlich der Änderungen und Ergänzungen der Verwaltung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Straßenreinigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2007.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 14
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

zu 5 Straßenreinigungsgebührensatzung 2007 ohne Grundgebühr
Vorlage: 06/SVV/0508

Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit

Da in die Debatte zum TOP 4 auch Ausführungen zur Straßenreinigungsgebührensatzung eingeflossen sind, gibt es hierzu keine Wortmeldungen.

Die Satzung wird einschließlich der ausgereichten Austauschseiten zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Straßenreinigungsgebührensatzung der Landeshauptstadt Potsdam 2007.

Abstimmungsergebnis:
Zustimmung: 12
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 3

zu 6 Zwangsarbeiter in Potsdam

Vorlage: 06/SVV/0545

Fraktion DIE LINKE. PDS

- mit Änderungsantrag der Fraktion CDU -

Der Oberbürgermeister gibt das Votum und die geänderte Fassung des Ausschusses für Kultur bekannt.

Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass das Anliegen schon vor längerer Zeit

einmal Beschlusslage war und nun noch einmal aufgegriffen wurde, um es auch zu realisieren. Bezüglich der Finanzierung des Vorhabens schlägt sie vor, Spenden einzuwerben, z.B. bei der Deutschen Bahn, sich an Stiftungen zu wenden, um mit ihnen zu kooperieren, aber auch städtische Mittel einzusetzen.

Die Änderungen aus dem Ausschuss für Kultur werden einstimmig angenommen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an einem ausgewählten Ort in Potsdam (Vorschlag: Apolloniahaus in Babelsberg) für eine angemessene Kennzeichnung, die an die Leiden und Opfer der Zwangsarbeiter aus ganz Europa erinnert, Sorge zu tragen.

Hinsichtlich der Standortfrage und der Finanzierbarkeit des Projekts wird seitens der Verwaltung im I. Quartal 2007 dem Kulturausschuss ein Zwischenbericht gegeben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 7 Externe Stellenausschreibung "SB Abfallwirtschaft und Bodenschutz"

Vorlage: 06/SVV/0837

Oberbürgermeister, GB Zentrale Steuerung und Service

Hinweise und Anmerkungen werden zu dieser Vorlage nicht vorgetragen.

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 333 200 15 „SB Abfallwirtschaft und Bodenschutz“ im Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt, Bereich Umwelt- und Natur (3), wird mit der Entgeltgruppe E 10 TVöD / VKA extern ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Verwendungsvorschläge Hauptstadtmittel 2007 - 2011

Vorlage: 06/SVV/0849

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle-Bauen

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und verweist auf die als Tischvorlage ausgereichten Erläuterungen zu den Verwendungsvorschlägen für die Hauptstadtmittel 2007. Er macht darauf aufmerksam, dass erstmals der Anteil der Mittel im Verwaltungshaushalt aufgestockt wurde, was insbesondere Vorhaben aus dem Bereich Kultur und Sport zugute komme.

Anschließend werden die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses von ihm und ergänzend von den Beigeordneten für Bildung, Kultur und Sport, Frau Fischer, sowie für Stadtplanung und Bauen, Frau Dr. von Kuick-Frenz, beantwortet.

So fragt Herr Bretz nach, ob die Höhe der eingestellten Mittel für den Schlösser-marathon trotz geringer Teilnehmerzahl gerechtfertigt sei. Frau Knoblich bezieht ihre Nachfragen auf die unterschiedliche Höhe der Mittel für das Standortmarketing und das ZKS in der Schiffbauergasse und fragt, ob es konkrete Anlässe in den Folgejahren gebe, die dies erklären.

Frau Fischer antwortet darauf, dass es für die Kultur erfreulich mehr Geld als in den vergangenen Jahren gebe, der Bereich Sport allerdings mit weniger Mitteln auskommen müsse. Die Gelder für den Schlösser-marathon seien gegenüber den Vorjahren erheblich gesenkt worden, obwohl sich die Teilnehmerzahl von 1.200 im Jahr 2004 auf 2.200 im Jahr 2006 gesteigert habe. Der Oberbürgermeister ergänzt die Ausführungen dahingehend, dass die Verteilung der Mittel nicht beliebig erfolgen könne. Die Veranstaltungen müssen hauptstadtrelevant sein, um einen Zuschuss zu erhalten. Zur Nachfrage von Frau Knoblich führt Frau Fischer aus, dass zum Standortmarketing UNIDRAM, Tanztage, Artists in Residence oder auch das Afrika-Fest gehören. Die Erhöhung ZKS, so Frau Knoblich, sei trotzdem nicht nachvollziehbar. Daraufhin verweist Frau Dr. Schröter, dass es der Wille der Stadtverordnetenversammlung gewesen sei, zur Mitfinanzierung der Folgekosten für das ZKS Mittel aus dem Hauptstadtvertrag in angemessenem Umfang zur Verfügung zu stellen (Beschluss der StVV DS 05/SVV/0675 – Punkt 7). Dem habe der Oberbürgermeister entsprochen.

Frau B. Müller fragt, welche Vorhaben sich hinter der Position „Überregionale und Internationale Sportveranstaltungen“ verbergen. Dies, so Frau Fischer, lasse sich aus dem Sportkalender ablesen und betreffe u.a. den internationalen Judowettkampf, den Kanusprint und den Frauenfußball.

Herr Schubert bittet, zur Sitzung der StVV die Kalkulation für die Folgejahre zu erläutern, da z.B. auch Marketing und Kommunikation einen erheblichen Aufwuchs ab 2008 haben, was man erklären sollte.

Frau Dr. Schröter kritisiert die eingestellten Mittel für die Bundesstiftung Baukultur, deren Notwendigkeit nicht einzusehen sei. Schließlich werde die Stiftung auch noch vom Bund mit 6 Mio € gefördert. Der Oberbürgermeister entgegnet darauf, dass es sich bei diesen 6 Mio € um Stiftungskapital handle, aus dessen Zinsen bestimmte Projekte durch die Stiftung Baukultur zu finanzieren seien. Die Ansiedlung der Stiftung Baukultur sei für Potsdam äußerst positiv und löse teilweise sogar Begeisterung aus. Die Hauptstadtmittel sollen für hauptstadtrelevante Dinge verwendet werden und ein besseres Beispiel als dieses gebe es nicht. Für den Bundestag, der am morgigen Donnerstag darüber entscheide, in welcher Stadt die Stiftung angesiedelt werde, sei es sicher kein gutes Signal, die Mittel zu streichen. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf die erhebliche Reduzierung der Zuschüsse in den Jahren 2008 und 2009, da man davon ausgehe, dass die Stiftung bis dahin selbst in der Lage sei, Mittel zu akquirieren. Im Weiteren bemängelt Frau Dr. Schröter die fehlenden Mittel für ein Kulturmarketing, die der Oberbürgermeister im Rahmen eines Workshops versprochen habe. Aus den Erläuterungen des Oberbürgermeisters und Frau Fischer schließe sie, dass es diese Mittel nicht gebe.

Frau B. Müller fragt weiterhin, warum der Schlösser-marathon bis 2011 gefördert werde und der Frauenfußball nur im Jahr 2007. Für sie sehe es so aus, als ob

jetzt schon feststehe, dass die Mannschaft sowieso absteige. Dem widerspricht Frau Fischer und verweist darauf, dass nur die Veranstaltungen aufgenommen wurden, wo man genau wusste, dass sie in den Folgejahren auch stattfinden. Der Schlössermarathon sei bis 2011 geplant, so lange wie der Hauptstadtvertrag laufe.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, ob es seitens der Mitglieder des Hauptausschusses konkrete Änderungsvorschläge für die Mittel im Verwaltungshaushalt gebe, beantragt Frau Dr. Schröter die Halbierung der Mittel für die Stiftung Baukultur. Dieser Antrag wird mit 6 JA-Stimmen und 10 Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Der Bitte von Herrn Schubert, die Mittel für die Triathlonveranstaltung, den Frauenfußball und den Kanusprint auch für die folgenden Jahre aufzuteilen, da es sich um Veranstaltungen mit Wiederholungscharakter handele, wird die Verwaltung folgen, so Frau Fischer.

Bezüglich der Mittel im Vermögenshaushalt kritisiert Herr Dr. Scharfenberg, dass diese in den Jahren 2007 und 2008 insbesondere für die Potsdamer Mitte in Höhe von 8 Mio € zur Verfügung gestellt werden und die Sanierung des Alten Rathauses und der Stadt- und Landesbibliothek erst sehr spät vorgesehen sei.

Die Mittel im Vermögenshaushalt, so der Oberbürgermeister, seien Kofinanzierungsmittel der Landeshauptstadt Potsdam - auch hier gelte das Kriterium der Hauptstadtrelevanz. Auch er sehe das Problem, dass Altes Rathaus und Stadt- und Landesbibliothek verspätet saniert werden. Allerdings sehe er im Rahmen der Gespräche mit dem Land zum SEK und INSEK Möglichkeiten, andere Finanzierungsquellen zu erschließen.

Die Verlegung der Gleistrasse an dieser Stelle und mit diesem Geld sei nicht zu verstehen, so Frau Grimm. Vor allem deshalb nicht, weil das Projekt umstritten sei und die geforderten Zahlen nach wie vor nicht vorliegen. Sie habe den Eindruck, das Land finanziere sich die Baupläne selbst, denn die Projekte seien ja Voraussetzung für den Landtagsneubau. Die Diskussion um den Fahrstuhl in der Bibliothek kenne sie seit nunmehr 12 Jahren und die Bibliothek sei wieder spärlich bedacht. Frau Dr. Schröter verweist darauf, dass die Beschlusslage zum Alten Rathaus wesentlich älter sei als die zum Stadtschloss. Das sollte man berücksichtigen und das Vorhaben vorziehen. Ebenso sollte man bei der Bibliothek zügig vorankommen, vor allem unter dem Aspekt der Bewerbung als Stadt der Wissenschaft. Herr Dr. Scharfenberg merkt ergänzend an, dass man schon 2002 über die Sanierung des Alten Rathauses gesprochen und Beschlüsse gefasst habe. Ebenso interessiere ihn, was mit der Kanuscheune und den dafür erforderlichen 100.000 € sei. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass keine Mittel für die Kanuscheune eingestellt seien und im Übrigen stellen die Hauptstadtmittel nicht die einzige Quelle für den Vermögenshaushalt dar. Dem schließt sich Herr Schüler an und betont, dass der Ausschuss nicht über den Vermögenshaushalt der Landeshauptstadt Potsdam spreche. Es sei doch positiv, dass viele Investitionen über Hauptstadtmittel finanziert werden können. Hier seien Vorschläge zu machen, die am überzeugendsten eine Hauptstadtfunktion hätten. Sicher gehöre dazu auch die Bibliothek – letztlich müsse die Stadt aber das Land als Geldgeber überzeugen. Herr Schubert betont, dass der Landtagsneubau hauptstadtrelevant und damit auch der Vorschlag zu erklären sei.

Herr Dr. Scharfenberg beantragt, die Vorhaben Altes Rathaus und Bibliothek mit dem Vorhaben Brückenneubau zu tauschen. Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, **abgelehnt**.

Der Oberbürgermeister merkt abschließend an, dass die Stadt mit den in der Mitteilungsvorlage enthaltenen Vorschlägen in die Verhandlungen im Hauptstadtausschuss am 15. November 2006 gehen werden.

zu 8.2 Bericht zu den haushaltsbegleitenden Anträgen der Fraktionen SPD, CDU, Grüne/ B 90 und BürgerBündnis/FDP

aus StVV 30.08.2006

Herr Bretz schlägt dazu vor, schriftliches Material auszureichen und den Tagesordnungspunkt in der Hauptausschusssitzung am 08.11.2006 zu behandeln. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 8.3 Vorläufiges Ergebnis der Arbeitsgruppe Investcontrolling/PPP

Vorlage: 06/SVV/0850

Oberbürgermeister, Kis

zurückgestellt

zu 8.4 Stand der Vorbereitungen für das Freizeitbad gemäß Vorlage: 06/SVV/0700

Herr Paffhausen informiert über den derzeitigen Sachstand und darüber, dass - nachdem vor einigen Monaten „grünes Licht“ zur Weiterführung des Projekts gegeben worden sei - die entsprechenden Unterlagen bei der ILB eingereicht wurden. Nunmehr müsse man abwarten, was die ILB dem Förderausschuss zur Verfügung stelle. Bei positivem Ausgang sei eine Ausschreibung der Leistungen Anfang des Jahres 2007 möglich. Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob man von einer Behandlung im Landesförderausschuss im Dezember 2006 ausgehen könne, bejaht Herr Paffhausen.

zu 8.5 Touristischer Marketingplan 2007

Vorlage: 06/SVV/0853

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Hütte bringt die Vorlage ein und beantwortet anschließend die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses, so von Frau B. Müller zur Verantwortlichkeit für die Vermarktung des Standortes „Neuer Markt – Kutschstall“. Durch Veranstaltungen, so Herr Hütte, wolle man den Standort neu „ins Bewusstsein rufen“ und durch die Ausschilderung besser zugänglich machen. Die Antworten auf die Fragen, wer zur AG Stadtmarketing gehört und warum die Reisemesse, die vor 6 Wochen abgesagt wurde, noch Eingang in die Vorlage gefunden habe, werden nachgereicht. Im Weiteren bezieht sich Frau B. Müller auf die Zusage des Oberbürgermeisters, dass eine Teilnahme an den Sitzungen des Tourismusbeirates möglich sei und merkt kritisch an, dass die Sitzungstermine nicht bekannt seien. Der Oberbürgermeister antwortet darauf, dass der Beirat zwei- bis dreimal im Jahr tage und zukünftig die Termine im Hauptausschuss bekannt gegeben werden.

Herr Schubert merkt an, dass auf der Seite 22 Herr Kade als „Sprecherin“ der AG Individual- und Gruppentourismus aufgeführt wird und bittet das zu korrigieren, da es sich hier offensichtlich um eine männliche Person handelt. Frau Dr. Schröter fragt nach der Unterstützung des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Ge-

schichte durch die Einbeziehung des Standortes in die Stadtrundfahrten und nach dem Prozedere des Ticketservices, der mit höheren Kosten verbunden sei. Herr Hütte verweist darauf, dass der Standort für die Stadtrundfahrten am Luisenplatz optimal sei und man derzeit keine Änderung plane. Der große Teil der Touristen lege Wert auf die „klassische Route“ durch Potsdam und sei an diesen speziellen Angeboten wie das HBPG nicht so interessiert. Natürlich gebe es aber eine enge Zusammenarbeit mit dem HBPG. Bezüglich des Ticketservice informiert er, dass dies eine Dienstleistung und demzufolge auch mit Kosten verbunden sei.

neu Information zum TOP 6.11 'Gastronomie im Bürgerhaus am Schlaatz gemäß Vorlage: 06/SVV/0658'

Herr Exner begründet, warum der Auftrag zum o.g. Tagesordnungspunkt der Sitzung der StVV am 01.11.2006 nicht erfüllt werden konnte. Das geforderte Konzept habe erst im August vorgelegen und somit seien die Prüfungen noch nicht abgeschlossen.

neu 'Behindertentoilette'

Frau E. Müller nimmt Bezug auf einen Artikel in der PNN, in dem berichtet werde, dass seitens des Hans-Otto-Theaters und des Kis Druck auf ein Mitglied des Behindertenbeirates ausgeübt worden sei, weil dieses Kritik am Neubau des Theaters und der fehlenden Behindertentoilette geübt habe. Dies werde seitens Kis und Theater zurückgewiesen. Bei der Begehung des neuen Theaters am 31.05.2005 mit dem Behindertenbeirat, habe man noch gar nicht sehen können, ob die Toilette DIN-gerecht gebaut werde. Kritikpunkt sei damals die fehlende Behindertentoilette für Mitarbeiter gewesen. Darüber hinaus habe es interne Probleme im Behindertenbeirat gegeben.

Frau Dr. Müller bringt ihr Bedauern über diesen Artikel zum Ausdruck, weil „das so im Beirat nicht stattgefunden habe“. Sie finde es allerdings bedenklich, dass dieses Thema immer dann im Hauptausschuss behandelt werde, wenn die Stadt „Schaden nehmen könnte“. Seit dem genannten Termin hätten Stadt und Kis bezüglich dieses Themas sensibilisiert sein müssen. Außerdem sollte man im Umgang mit behinderten Menschen mehr Feingefühl walten lassen.

Der Oberbürgermeister merkt abschließend an, dass der Vorwurf, die Stadt habe Druck auf behinderte Menschen ausgeübt, schon „ungeheuerlich“ sei und deshalb die Verwaltung dazu Stellung genommen habe.

zu 9 Sonstiges

Frau Fischer kündigt eine Spendensammlung für die nächste Sitzung der StVV an. Die Spenden werden für einen Jugendhilfeträger, der sich mit ambulanten Erziehungshilfen beschäftigt, verwendet. Dies habe sie mit der Vorsitzenden der StVV, Frau B. Müller, abgesprochen, die um eine Vorinformation im Hauptausschuss gebeten habe. Dieser Träger werde auch von der Prinzessin von Preußen unterstützt.

Im Zusammenhang mit der Mitteilungsvorlage zum TOP 8.3, so Herr Dr. Scharfenberg, sei ihm bereits mehrfach aufgefallen, dass zu Themen, die im politischen Raum nicht besprochen wurden, bereits Pressekonferenzen durchgeführt wer-

den. Damit sei ein Meinungsbild bereits „festgemacht“ und die Behandlung in den Gremien der StVV nur noch ein „Abklatsch der Presseberichterstattung“. Viele dieser Themen seien aufgrund von Aufträgen aus der StVV in der Verwaltung aufgegriffen worden; in der Öffentlichkeit werde jedoch der Eindruck erweckt, die Verwaltung „sei von allein aktiv“ geworden. Herr Bretz betont, dass er sich den Ausführungen von Herrn Dr. Scharfenberg ausdrücklich anschließe. Ebenso betont Herr Schubert, dass die Äußerungen der Verwaltung so ankommen, als ob sie „aus eigenen Stücken gehandelt habe“. Frau B. Müller unterstreicht, dass sie diese Kritik ebenfalls unterstütze. Beispiel sei der Erwerb des Seniorenwohnheimes "Geschwister Scholl" durch die Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH. Hierzu sei bereits zwei Tage, bevor die Stadtverordneten überhaupt die Vorlage kannten, eine Pressekonferenz abgehalten worden. Der Oberbürgermeister stimmt den kritischen Anmerkungen zu und versichert, dass das zukünftig stärkere Beachtung finden werde.

Frau Dr. Schröter bezieht sich auf die Zusagen des Oberbürgermeisters im Rahmen der Kommunalwahl 2003, den LKW-Verkehr durch Grube zu reduzieren. Dies sei vor geraumer Zeit im Hauptausschuss wieder aufgerufen worden, habe allerdings zu keinem abschließenden Ergebnis geführt, weil man die Maut-Prüfungen abwarten wollte. Der Oberbürgermeister sagt eine Berichterstattung in der nächsten Hauptausschusssitzung zu.